

Zweimal: "Ortsplanung"

Autor(en): **Meyer-von Gonzenbach, Rolf / Risch, G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **85 (1967)**

Heft 30

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69500>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zweimal: «Ortsplanung»

Von **Rolf Meyer-v. Gonzenbach**, Orts- und Regionalplaner, Zürich.

DK 711.5

Der Publikation des *Wettbewerbes für ein kirchliches Zentrum in Langendorf SO* schicken wir diesen Beitrag voraus. Damit hat es folgende Bewandnis:

Prof. R. Meyer-v. Gonzenbach ist seinerzeit als Berater für die Ortsplanung der Gemeinde Langendorf beigezogen worden. In Zusammenarbeit mit der beauftragten Planergruppe, den Behörden, den beiden Kirchgemeinden und Privaten hatte Professor Meyer massgeblichen Anteil an einer ortsplanerischen Lösung, die ihrerseits zur Idee eines ökumenischen Kirchenzentrums geführt hat. Der Verfasser

zeigt im folgenden an zwei Beispielen, wie Ortsplanung – falsch und richtig verstanden – sich auswirken kann. Der im Text geschilderte «Zweite Schauplatz» gibt die Verhältnisse von Langendorf, d.h. die Ausgangslage für den schweizerischen Wettbewerb wieder und erspart es uns, auf diese Prämissen in der Wettbewerbspublikation näher einzugehen. Der Artikel «Ortsplanung» von Rolf Meyer-v. Gonzenbach ist im Jahrbuch der Eidg. Behörden 1963 (herausgegeben von der Verbandsdruckerei Bern) erschienen und wurde den Wettbewerbsteilnehmern als Unterlage verabfolgt. G. R.

Wenn einer manches planen tut,
so kann er was erzählen —
mal geht es schlecht, mal geht es gut,
das Beispiel könnt ihr wählen:

Erster Schauplatz: Eine Industriegemeinde im Mittelland. Verzweigungspunkt zweier wichtiger Strassen. Bahnlinie am Dorfrand. Jenseits von ihr bis zum nahen Fluss flaches Industriegelände – teils schon bebaut, teils Reserve im Eigentum der Gemeinde. Industriegeleise längs der Bahnlinie. Ideale Anordnung «wie es im Buche steht». Nun aber: die neue Industriestrasse in 24 m Abstand vom Geleise erstellt. Welch eine Bautiefe für Industrie! Wo doch sonst 100 bis 120 m als normal gelten. Begründung: es war schon ein Flursträsschen da. Man war sparsam! Folge: Zweites Industriegeleise wird nötig. Wirklich sehr sparsam! – Die Gemeinde besitzt ausserdem ein grösseres Areal beim Bahnhof. Dorfseitig, umschlossen von Bahnlinie, Bahnhof und Hauptverkehrsstrasse. Dieses will sie jetzt überbauen: Geschäftshaus, Saalbau mit Restaurant, Wohnblöcke. Man macht einen Wettbewerb unter ortsansässigen Architekten. Die Projekte sind eingegangen. Jetzt holt man einen Planer zur städtebaulichen Beurteilung. Sehr gut. Aber die ortsplanerischen Zusammenhänge bilden nicht Gegenstand seines Auftrags. Und am Wettbewerbsprogramm kann er hinterher ja sowieso nichts mehr ändern. Der Träger des ersten Preises arbeitet sein Projekt weiter aus. Nun, ein Jahr nach dem Wettbewerb, befasst man sich mit dem dringenden Ersatz des Niveauübergangs an der Hauptverkehrsstrasse, einem jener Standardübergänge an Bahnhöfen, die wir vom letzten Jahrhundert geerbt haben: Barrieren zu und auf bei jedem Rangiermanöver! Der Fluss zwingt zu einer Überführung mit Rampe längs des Bauareals der Gemeinde. Neben der Rampe braucht es noch Quartierstrassen. Die Baulinie muss um mindestens 15 m zurückverlegt werden. Wie sollen da die von der Gemeinde projektierten Wohnblöcke noch Platz haben? Wieder holt man den Planer. Einzige Frage an ihn: Darf man den Kubus der wegfallenden Blöcke einfach den verbleibenden aufsetzen? Diese Frage ist ihm von den Spekulanten her ja bekannt. Das nähere Studium führt zu einer grundsätzlich anderen Lösung. Vom Wettbewerb und dem anschliessenden Projekt bleibt sozusagen nichts mehr. Schlimmer aber ist: Das Industriegelände lässt sich gar nicht mehr richtig an die Überführung anschliessen. Inzwischen stellt man dem Experten weitere, isolierte Fragen: Wohin sollen wir den Sportplatz legen? Wo soll man eine Gewerbezone reservieren? Ohne Gesamtüberblick, ohne eigentliche Ortsplanung lässt sich das aber nicht beantworten. Dies ist die Meinung des Planers. Antwort: Nein, eine Ortsplanung brauchen wir nicht; wir haben die Dinge ja im Kopf. Gegenfrage: Wo bekommt die Gemeinde ihren Anschluss an die projektierte kantonale Umfahrungsstrasse? Antwort: Das wissen wir allerdings noch nicht. Die kommt sowieso noch lange nicht!...

Zweiter Schauplatz: Ebenfalls eine Industriegemeinde im Mittelland. Dreimal kleiner als die andere. Vorort einer kleinen Kantonshauptstadt. Hauptstrasse mitten durchs Dorf. Bahnlinie am Rand. Bauordnung mit Zonenplan schon seit 1953. Heute wachsender Druck von der Stadt her: Baugesuche für Renditenblöcke, Geschäfts- und

sogar Hochhäuser. Der Gemeinderat erkennt die Entwicklung. Auf seinen gut begründeten Antrag bewilligt die Gemeindeversammlung einen ansehnlichen Kredit für die Revision der planerischen Grundlagen. Auftrag an Planergruppe: Architekt und Ingenieur aus der nahen Stadt, auswärtiger Experte als Planungsleiter. Schon die ersten Studien zur Gesamtkonzeption ergeben wichtige Erkenntnisse: Die Hauptverkehrsstrasse lässt sich ohne Gewaltmassnahmen nicht verlegen. Ihre Beibehaltung kann verantwortet werden, weil – wie die Regionalplanung nachweist – ihre Frequenz auch in Zukunft nicht übermässig zunehmen wird. Immerhin sind beiderseits Abfangstrassen zu schaffen, die den Kern umschliessen und ihn von aussen bedienen. Quer zur Hauptachse des Fahrverkehrs sind Schule, Bauplatz für neues Gemeindehaus und Areal für katholisches Kirchenzentrum aufgereiht. Der Gedanke, sie durch einen Fussweg unter sich und mit den Wohnquartieren zu verbinden, führt zur Idee eines grossen durchgehenden Grünzuges als Hauptachse für den Fussgängerverkehr. Noch ist glücklicherweise das erforderliche Land unüberbaut vorhanden, um auch die spätere zweite Schule, ein kleines Freibad, den neuen Friedhof und eine Aussichtsanlage dem Grünzug einzugliedern. Die Planer weisen nach, dass die protestantische Kirche an ihrem bisher vorgesehenen Standort falsch läge. Sie gehört richtigerweise auch an diese Fussgängerachse. Neben dem Areal der katholischen Kirche hat es noch Land. Warum nicht einmal beide Kirchen einträchtig nebeneinander? Symbol einer paritätischen Gemeinde! Und siehe: die protestantische Kirchenpflege lässt sich überzeugen. Sie tauscht ihr bereits erworbenes Land ab, um sich dem Gesamtplan einzuordnen! Am Schnittpunkt der beiden Achsen – des Fahr- und des Fussgängerverkehrs – ist natürlich die prädestinierte Lage für einen neuen Dorfplatz mit Einkaufszentrum, Hotel, Restaurant, Bürohaus und unterirdischen Parkplätzen. Die in Plan und Modell veranschaulichte Idee besticht nicht nur Gemeinderat und Planungskommission, sondern auch die betreffenden Grundeigentümer. Es sind deren drei: Ein Wirt und Landwirt, eine Uhrenfabrik und die Milchgenossenschaft. Die Uhrenfabrik zieht ihr fixfertiges Projekt für ein Wohnhochhaus zurück zugunsten des neuen Gedankens. Dessen Architekt wird von den dreien gemeinsam mit den weiteren Studien für dieses Zentrum beauftragt. Sie gedenken, eine Aktiengesellschaft zu gründen, um ungeachtet der Grundstücksgrenzen planen zu können. Die Verwirklichung wird zwar noch auf sich warten lassen: Der Wirt will seinen Bauernhof nicht jetzt schon aufgeben. Wichtig ist: Sie wird planerisch vorbereitet; die Idee ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Dieses Zentrum – das man heute noch vermisst – bildet gewissermassen den Schlussstein zum ganzen Ortsaufbau. Die so gewonnene, klare Gesamtkonzeption findet an der orientierenden Gemeindeversammlung einhellige Zustimmung. Die Bodenpolitik der Gemeinde wird auf dieses Ziel hin eingestellt. Und sogar der Kanton ist bereit, sein Projekt für den Ausbau der Hauptstrasse dem neuen Plan anzupassen. Fast allzu schön, um wahr zu sein. *Schluss auf Seite 567*

akzentuierten Formalismus auskommt und vor allem durch ihre Klarheit und ihre symbolisch eindrückliche Sprache überzeugt, so setzt sich Manuel Paulis Entwurf durch seine im kubischen Aufbau sich äussernde starke Empfindungskraft durch. Man könnte diese Lösung als romantisch bezeichnen, weil sie des Elements des Pittoresken im Sinne eines gekrönten Burghügels nicht entbehrt, wenn nicht mit dem Begriff des Romantischen das Moment des Intellektuellen verbunden wäre. Manuel Paulis Architektur, bei diesem Kirchenprojekt so wenig wie anderswo, ist aber nicht intellektuell konzipiert – im Gegensatz zum Entwurf von Franz Füg –, sondern ganz aus dem *Impuls empfundenen Raums* heraus entwickelt. Was nicht ausschliesst, dass sie den Charakter des Inszenatorischen an sich hat, und hier nun, im Unterschied zu manchen anderen Projekten dieses Architekten, im besten Sinne des Wortes.

Das Inszenatorische beginnt damit, dass Manuel Pauli die Hanglage, an der sich das kirchliche Zentrum von Langendorf zu entwickeln hat, unverhohlen sichtbar macht. Über flächig dimensionierte *Stufen* steigt man den Hang hinauf zu den beiden Kirchen. Die Landschaft, der Hang, spielt räumlich mit, in einladender, nach oben hebender Gebärde. Andere Projekte bringen, aus der Situation bedingt, ähnliche Lösungen, aber sie stilisieren, im Unterschied zu dem Entwurf Manuel Paulis, diese Gebärde des Aufstiegs und des Krönens mit den Kirchen zur Monumentalität, was zu einem dörflichen Kirchenquartier nun zweifellos nicht passt.

Die Treppen, flach gelagert, münden ein in ein *Kirchengeviert*, das streng die Masse des Quadrates beachtet. Aus dem Quadrat des

Gesamtgrundrisses, in den die beiden Kirchen eingefügt sind, kragen einzig die Leibungen aus, in denen, in funktioneller Stimmigkeit und ablesbar, die Rampen angeordnet sind, die vom gemeinsamen Platz der beiden Kirchen aus in die Kircheninnenräume führen. Im westlichen Winkel des Quadrates steht der *Turm*, dreieckig im Grundriss, in einer bogenförmigen Bewegung beschwingt flach überdacht; kaum merklich erhebt sich der Turm über die Kirchen – würde er höher geführt, brächte er die Masstäblichkeit der gesamten Anlage aus dem Gleichgewicht. Auch ist es nicht nötig, dass die Kirche durch einen Turm traditioneller Höhe akzentuiert wird; ihr Geist, insofern er eben ökumenischer Natur ist, drückt sich andersartig aus. Der Turm fügt sich ihm ein. Er dient – wie in den Wettbewerbsbedingungen formuliert – beiden Kirchen gemeinsam.

Manuel Pauli hat das klar erfasst: links und rechts vom Turm breitet sich, in die gerundeten Bewegungslinien der Kirchenfassaden eingeordnet, ein *Platz* aus, der den Sammlungsort des ganzen kirchlichen Gemeindelebens bilden wird. Der Platz, in den Proportionen die quadratische Gesamtanlage aufnehmend, verengt sich in gebogener Führung zu einer *Strasse*, die quer zur Fussgängerachse des Grüngürtels liegt. Von diesem inneren Strang aus verzweigen sich die *Zugänge zu den beiden Kirchen* und deren Nebenräumen. Die Kirchenräume sind vom Platz aus, wo die Eingangshallen liegen, über Rampen erschlossen. Vom oberen Wegniveau aus sind sie, aus Konsequenz der Hanglage, ebenerdig zugänglich... Die beiden Kirchen fügen sich um Platz und Turm ineinander, ihr einheitliches Bauvolumen ist Ausdruck der in diesem Zentrum gesuchten christlichen Gemeinsamkeit.»

Zweimal «Ortsplanung» (Schluss von Seite 557)

Vergleich der beiden Beispiele

Erstens:

Zu spätes Planen führt zu Überraschungen. Meistens sehr unangenehmen Überraschungen. Falsch getroffene Dispositionen werden aufgedeckt. Verpasste Gelegenheiten kommen an den Tag. Grosse Investitionen erweisen sich als verfehlt. Zweckmässige Lösungen sind im wahren Sinne des Wortes verbaut. Eine vernünftige Ordnung der Funktionen lässt sich mit vertretbarem Aufwand nicht mehr erreichen. Wehe dem Gemeinderat, der solche Vorwürfe einstecken muss! Auch rechtzeitiges Planen führt zu Überraschungen. Vor allem zur freudigen Überraschung, dass sich Heutiges und Künftiges in sinnvollem Aufbau zusammenfügen lässt. Gewiss nicht immer nach dem gleichen Schema. Jeder Fall ist ja wieder anders gelagert. Je früher der Planer seine Arbeit beginnen darf, je eher wird er eine Gesamtlösung finden können, welche «funktioniert». Und nicht nur funktioniert, sondern auch das künftige Gesicht des Dorfes, der Ortschaft prägt. Beim Gang durch die Strassen und Wege wird man es dereinst spüren, dass hier rechtzeitig an die künftigen Bedürfnisse der wachsenden Gemeinde gedacht wurde.

Zweitens:

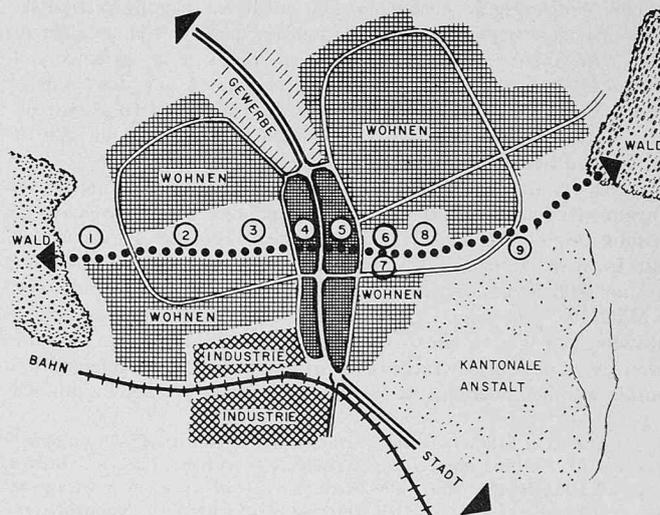
Mancher Entscheid in der Ortsplanung kann erst dann richtig und mit gutem Gewissen getroffen werden, wenn die Zusammenhänge im grösseren Rahmen der Region abgeklärt sind. Am eindrücklichsten zeigt sich dies – wie im zweiten Beispiel – immer wieder beim Verkehr. Das gleiche gilt aber auch in bezug auf öffentliche Dienste von regionaler Bedeutung: Mittelschulen, Berufsschulen, Spitäler, Sportzentren, übergemeindliche Schiessanlagen, Gruppenwasserversorgungen, Grosskläranlagen, Kehrlichverwertungsanlagen, regionale Industriezonen, Landschaftsschutzzonen und anderes. Mit andern Worten: Ohne Regionalplanung keine vollwertige Ortsplanung!

Drittens:

Eine gute Gesamtkonzeption hat grosse Durchschlagskraft. Sie besticht durch Einfachheit und Klarheit. Sie überzeugt durch innere Folgerichtigkeit. Selbst die betroffenen Grundeigentümer können sich dieser Wirkung nicht entziehen. Zwar sind jene eher selten, die sich bereit erklären, ihre eigenen Pläne beiseite zu legen zugunsten einer neuen Lösung, wie das im zweiten Beispiel der Fall war. Aber auch für die andern, denen man gegen ihren Willen ein Opfer zumuten muss, spielt die zwingende Logik der Konzeption eine ausschlaggebende Rolle. Es ist doch nicht dasselbe, ob sie ihr Opfer bringen oder wegen zusammenhangloser Massnahmen, die «infolge unerwarteter Entwicklung» plötzlich nötig werden, weil man rechtzeitig Vorkehrungen unterlassen hat.

Viertens:

Noch immer geistert in unserm Lande die Angst vor der «bösen» Planung (siehe erstes Beispiel). Man lehnt kurzerhand jeden neuen Eingriff in das private Verfügungsrecht über Grund und Boden ab. «Denen will ich's schon zeigen, wer auf meinem Land befiehlt!» Dabei wird übersehen, dass das Nicht- oder Zuspätplanen viel härtere Eingriffe zeitigt. Typischer Fall: Weil sich seinerzeit der Bauer mit Erfolg gegen die «unzumutbare» Eigentumsbeschränkung eines grosszügigen Baulinienabstandes wehrte, stehen heute die Häuser zu nah an der Strasse. Bäume und Vorgärten fallen dem Strassenbau zum Opfer. Trostloses Asphaltband. Keine Geborgenheit mehr in der Wohnung. Dafür mehr Lärm und Gestank. Bald wird man auch noch das Anhalten vor dem eigenen Hause verbieten müssen. Ist dies nun alles besser zumutbar als damals ein grösserer Baulinienabstand auf der freien Wiese? Oder ist etwa jenem Privaten gedient, der vor kurzem eine Tankstelle oder einen Laden gebaut hat, wenn der Verkehr plötzlich ganz anderswo durchgeleitet werden muss? Man darf



Ortsplanskizze Langendorf SO (vgl. hierzu auch «Wettbewerb paritätisches kirchliches Zentrum in Langendorf SO», S. 558). Legende: 1 Friedhof (vorgesehen), 2 Freibad (vorgesehen), 3 Schule (bestehend), 4 Gemeindehaus (projektiert), 5 Dorfplatz mit Einkaufszentrum (vorgesehen), 6 protestantische Kirche und 7 katholische Kirche (beide vorgesehen), 8 Schule (vorgesehen), 9 Aussichtsplatz (vorgesehen).

wohl ohne Übertreibung sagen: Auch der private Grundeigentümer ist besser dran, wenn die Öffentlichkeit ihre Dispositionen nicht erst im letzten Moment trifft, sondern ihre Bedürfnisse frühzeitig anmeldet. Die Ansprüche der Öffentlichkeit lassen sich ja ohne fundamentale Schäden nicht auf die Dauer vernachlässigen. Sie setzen sich schliesslich doch durch. Es ist darum auch für den Privaten besser, wenn er sich beizeiten darauf einrichten kann (siehe zweites Beispiel).

Fünftes:

Das Abklären künftiger Bedürfnisse der Öffentlichkeit wird damit zur dringenden Aufgabe. Die Gemeinde muss wissen, wie breit die Strassen, wie dick die Leitungen, wie gross Kindergärten, Schulhäuser, Kirchen, Friedhof, Sportplatz, Freibad, Kläranlage und vieles andere gebaut werden sollen. Sie muss aber auch wissen *wo*, denn alle diese Dinge brauchen ja einen Platz. Beide Fragen – nach Dimension *und* Disposition – lassen sich nur beantworten, wenn die voraussichtliche Zahl und Verteilung der Einwohner und der Arbeitsplätze einigermaßen bekannt sind. Schon aus diesem Grunde ist eine Begrenzung der Baugebiete sowie der Wohn- und Arbeitsdichten nötig. Die öffentliche Hand kann ihre Werke nur dann mit geringstem Aufwand, aber grösstem Nutzeffekt errichten, wenn auf der privaten Seite die Entwicklung nach Disposition und Dimension geregelt verläuft.

Technisch-wirtschaftliches Konstruieren

DK 061.3:62.002.2

Gedanken zur Tagungsreihe «Konstruieren», veranstaltet von der SIA-Fachgruppe der Ingenieure der Industrie (FII), von **M. Künzler**

Einleitung

Seit einigen Jahren wird in der Industrie ein zunehmender Mangel an leistungsfähigen Konstrukteuren beklagt. Schwindendes Interesse bei den sich dem Berufsleben zuwendenden Hochschulabsolventen und Abwanderung des auf diesem Gebiet bereits tätigen Personals verursachen diesen Mangel. Bei der Untersuchung des Tatbestandes stellte sich zunächst die Frage, ob das Konstruieren qualitativ überhaupt Aufgabe eines Hochschulabsolventen sei. Da einer Antwort auf diese Frage grundsätzliche Bedeutung zuzumessen ist, standen die ersten zwei Tagungen der genannten Reihe unter der Überschrift «Konstruieren – eine Ingenieuraufgabe?»¹⁾

Wie zu erwarten war, konnte die gestellte Frage – wenn auch teilweise Bedingungen daran geknüpft wurden – fast einstimmig bejaht werden. Das Suchen nach den Ursachen, weshalb die Hochschulabsolventen die Konstruktionstätigkeit eher meiden, um sich mehr den Forschungs- oder anderen Aufgaben zu widmen, verlief allerdings nicht mit gleicher Einstimmigkeit. Man war sich wohl darin einig, dass die konstruktive Tätigkeit einer Aufwertung bedarf, damit sie den Ingenieur, ihrer Wichtigkeit entsprechend, anzuziehen vermag²⁾

Aus den Meinungsverschiedenheiten über die Fragen, wo und wie die Anstrengungen anzustellen seien, um das Interesse des Ingenieurs am Konstruieren zu erwecken, lässt sich folgern, dass weder die Hochschulen noch die Industrie ihre Möglichkeiten voll und mit bestem Wirkungsgrad ausnutzen. Die an diesen Tagungen geäusserten Vorschläge stellen wertvolle Richtlinien dar. Sie können aber nur dann zum angestrebten Ergebnis führen, wenn sie in ehrlicher, zielbewusster Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Industrie weiter verarbeitet und verwirklicht werden. Das Ziel wird jedoch verfehlt werden, wenn man sich mit Warten begnügt und mit der Erwartung zufrieden gibt, dass «der andere» etwas unternimmt.

Der Inhalt und das Ergebnis der ersten zwei Tagungen zum Thema «Konstruieren» stellen eine Grundlage dar, auf welcher die Lösung des die Industrie beschäftigenden Problems zu suchen ist. Mit Einsicht, gutem Willen und etwas Mut zur Selbstkritik kann auf ihr aufgebaut werden. Im Verlaufe der dritten Tagung vom 3. März 1967, die am 7. April wiederholt wurde³⁾, wurde denn auch versucht, den Weg zu einem Teil dieses Aufbaues zu zeigen. Sie stand unter der Überschrift «Technisch-wirtschaftliches Konstruieren» und wurde, wie die anderen, von Dr. *Fritz Kesselring* geleitet. In abwechselnder

Dieses gegenseitige Aufeinander-Abstimmen öffentlicher und privater Ansprüche an den beschränkten Raum eines Ortes, einer Gemeinde: Das ist Ortsplanung!

Sechstens:

Ortsplanung ist aber noch etwas mehr. Oder sollte es wenigstens sein. Sie sollte sich nicht darauf beschränken, die technische Aufgabe zweckmässig zu lösen, obwohl damit schon sehr viel erreicht ist. Ebenso wichtig ist, dass sie der Gemeinde ein erstrebenswertes Ziel setzt. Bereits haben wir von der Durchschlagskraft einer guten Gesamtkonzeption gesprochen. Diese kommt zustande durch den Zusammenklang tragender Leitideen der Ortsgestaltung. Die Ideen sind es, die begeistern, nicht die Kompromisse! Die Kompromisse kommen dann von selber. Gerade darum soll die Ortsplanung begeistern: Auf dass sich die Behörden mit Schwung dafür einsetzen und auch die Bevölkerung gepackt wird vom Willen zu einem schönen, wohlgestalteten Dorf. Sie soll mit Freude die Kredite bewilligen und den Vorlagen zustimmen dürfen, im Bewusstsein, dass alles wohlüberlegt ist und einer guten Sache dient. Die Ortsplanung soll und kann mithelfen, jene Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die unabhängig nötig ist für die gedeihliche Entwicklung eines Gemeinwesens: Des Vertrauens zwischen Behörden und Volk.

selnder Vortragsfolge erklärten der Tagungsleiter und Dipl.-Ing. *H. Oschanitzky* eine Methode, welche dem Ingenieur erlaubt, sein Blickfeld in einem oft etwas vernachlässigten Teil seiner Tätigkeit zu erweitern.

Nach der von Dr. Kesselring gebrauchten Definition ist Konstruieren «die Verwirklichung einer Idee in technisch bester, wirtschaftlich billigster und ästhetisch einwandfreier Form». Um aber hierzu in der Lage zu sein, muss der Konstrukteur einerseits die dazu nötigen Fähigkeiten mitbringen und es muss ihm andererseits auch Gelegenheit gegeben werden, um aus einer Idee eine Konstruktion zu entwerfen, welche die genannten Eigenschaften aufweist, damit er das, was ihm erst traumhaft erscheint, auch zu einem einwandfreien, «aller Kritik standhaltenden Gebilde» machen kann. Beschränkungen jeglicher Art behindern aber diesen Prozess; oft sind es selbstangelegte, oft auch von aussen aufgezwungene Scheuklappen. Es muss dafür gesorgt werden, dass der Konstrukteur seine Idee in ihrer Gesamtheit erfassen und ausarbeiten kann. Dazu gehören auch wirtschaftliche Gesichtspunkte.

Zusammenarbeit im Betrieb

Auf die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit ist schon an den ersten beiden Tagungen von mehreren Seiten in Verbindung mit der Konstruktionsarbeit hingewiesen worden. Gerade mit diesem Begriff – auf die Konstruktion bezogen – verbindet sich aber in vielen Fällen eine sorgsam gehütete und über mehrere Generationen vererbte Krankheit, deren Ursprung im menschlichen Geltungstrieb zu suchen ist, nämlich in der Neigung, das eigene Ich auf Kosten der übergeordneten Aufgabe zu vergöttern. Damit ist der in der Praxis oft krampfhaft durchgeführte Versuch gemeint, eine Trennung zwischen Technik und Wirtschaft und folglich zwischen den mit diesen Wirkungsbereichen beschäftigten Personalgruppen zu erzwingen. Die Ausdauer, mit welcher dieser Versuch gegen jeden gesunden Verstand durchgekämpft wird, ist verwunderlich, ja eigentlich eines besseren Ziels würdig. Denn auch die leidenschaftlichsten Verfechter dieser Trennung werden keine treffende Antwort auf die Frage nach dem genauen Verlauf der Grenze zwischen Technik und Wirtschaft in einer geschlossenen Gesellschaft finden können. Solche Ansichten sollten doch, genau wie der zum Teil noch modische, aber trotzdem veraltete Zopf der qualitativen Einteilung eines Unternehmens in «produktive» und «unproduktive» Abteilungen, längst überholt und vergessen sein!

Wohl wird dem Ingenieur bereits in der Schule ein gewisses Gefühl für Preise und deren Gestaltung, eine Einführung in den wirtschaftlichen Aufbau eines Betriebes, mit auf den Weg in die Praxis gegeben, es sollte aber vermehrt getan werden. Was er jedoch von der Ausbildung einer technischen Hochschule nicht bekommen kann, ist eine Analyse der Kostengliederung jenes Unternehmens, in welchem er seine Tätigkeit ausüben wird. Hier wird er auf die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Mitarbeitern und Abteilungen sowie auf sein Einfühlungsvermögen angewiesen sein, denn gerade in der Erfassung

¹⁾ Die erste Studententagung «Konstruieren – eine Ingenieuraufgabe?» fand am 23. 10. 1963 im Gemeinschaftshaus Martinsberg der AG Brown, Boveri & Cie., Baden, statt, die zweite am 24. 10. 1964 im Vortragssaal des Zürcher Kunsthauses. Die Referate sowie die Diskussionsbeiträge wurden vollumfänglich in einer Sonderschrift des SIA veröffentlicht.

²⁾ Siehe auch *A. Ostertag*: Konstruieren – eine Ingenieuraufgabe? SBZ 1964, H. 1, S. 1–10, und *A. Ostertag*: Über die Ausbildung zum Konstrukteur an technischen Hochschulen, SBZ 1964, H. 49, S. 853–857.

³⁾ Ankündigung mit Programm siehe SBZ 1967, H. 7, S. 112 und H. 11, S. 194.